



Vierteljährlicher Abonnementpreis, in Breslau 6 Mark, Wochen-Aboone, 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Infektionsgebühr für den Raum einer kleinen Zelle 30 Pf., für Infekten aus Schlesien u. Polen 20 Pf.

Edition: Herrenkraut Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 117. Abend-Ausgabe.

Neunundsechziger Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Mittwoch, den 15. Februar 1888.

Politische Übersicht.

Breslau, 15. Februar.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht in seiner neuesten Nummer das Gesetz, betr. Aenderungen der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung, also von gestern ab in Kraft. Darnach haben sich innerhalb 4 Wochen, also bis zum 14. März c., zur erstmaligen Aufstellung der Listen diejenigen 1850 oder später geborenen Personen, welche nach abgeleisteter gesetzlicher Dienstpflicht im stehenden Heere und der Landwehr bez. als geübte Erfahrservisten nach Ablauf der Erfahrservipflicht bereits zum Landsturm entlassen sind, schriftlich oder mündlich unter Vorlage ihrer Militärpapiere, soweit diese noch vorhanden sind, im Stationsorte der betreffenden Landwehrcompagnien zu melden. Bei Unterlassung der Meldungen kommen die Bestimmungen des § 67 des Reichsmilitärgegesetzes vom 2. Mai 1874 in Anwendung; d. h. die Manufachten können, abgesehen von der etwa noch anderweit über sie zu verhängenden Strafe, unter Verlängerung ihrer Dienstzeit in die nächsthöhere Jahresklasse verfehrt werden.

Wir haben bereits gemeldet, daß der Seniorencorvent des Reichstags sich dahin verständigt hat, daß die Erledigung der zur Zeit dem Reichstage gemachten Vorlagen — das Genossenschaftsgesetz, dessen Vorlegung an den Bundesrat in naher Aussicht steht, einbegreifen — bis zum 15. oder 20. März erfolgen könne. Man ging dabei von der Voraussetzung aus, daß eine Verständigung über das Gesetz, betreffend den Verkehr mit Wein, ausgeschlossen erscheine. Über den Zeitpunkt der Vorlegung des Gesetzentwurfs, betreffend die Alters- und Invalidenversicherung, und des weiteren, in der Thronrede angekündigten Gesetzentwurfs, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Handwerker, Gefinde u. s. w., war dem Seniorencorvent keine Mitteilung zugegangen. Man schließt daraus, daß diese Vorlagen, selbst wenn sie in der Zwischenzeit noch an den Reichstag gelangen sollten, auch nach der Absicht der Regierung zu einer Verlängerung der Session über Ostern hinaus keine Veranlassung geben würden.

In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß die erste Bevathung des Antrags Ampach und Gen., betreffend die Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Ausfuhr von Getreide, mit der Verweisung des Antrages an eine Commission endigen werde.

Über die politische Lage schreibt die Kr. Blg.:

Hier eingetroffene Briefe von deutschen Staatsangehörigen in Petersburg und Warschau, deren Beobachtungen als beachtenswürdig gelten dürfen, bestätigen die vielfach gegebenen Befürchtungen, daß die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses und die denkwürdige Rede des Reichskanzlers keinerlei nachhaltige Wirkungen auf die zaristische Politik und die durch die Slavophilen erregte Volksfeindschaft hervorrufen dürften. Den Truppenconcentrationen in den westlichen Gouvernementen und am Pruth ist noch kein Einhalt geboten und ebenso ist in den Massnahmen, welche zu kriegerischen Vorbereitungen gehören, noch kein Stillstand eingetreten, sie nehmen vielmehr ihren Fortgang, wenn auch nicht in beschleunigter Weise, wofür wohl der Finanzminister Herr von Wissnerabsky die beste Erklärung zu geben vermöchte. Die Hinwendung aller die Millionen deutscher und österreichischer Krieger flößt den chauvinistischen Elementen des Volkes keine Furcht ein, denn man hat ihnen vorgerechnet, daß die Kriegsfähigkeit der regulären Armee im europäischen Russland und im Kaukasus ohne die Reichsmehr 2 Millionen Mann betrifft, die der irregulären Truppen mindestens 200 000 Mann, sodass die den mitteleuropäischen Mächten entgegenzufechtenden Truppen mit allen Aufgaben auf 3 Millionen mit 13 000 Geschützen gebracht werden könnten. Frankreich andererseits, dessen Bundesgenossenschaft im Volke nicht bezweifelt wird, vermöchte 2 Millionen ins Feld zu stellen. Ganz zu verachten wären die dänischen Freunde auch nicht, und überhaupt würden sich der Freunde noch mehr finden. Zu beachten bleibt dabei, daß während in offiziellen Kreisen und von höchster Stelle aus friedliche Gefinnungen befunden werden, die Behörden nichts thun, den Chauvinismus im Volke zu dämpfen. Ds Deutschen in Russland fehen allerdings das volle Vertrauen in die mitteleuropäische Macht; aber das Vertrauen, daß dieser Macht die Erprobung noch auf Jahre hinaus erwartet bleiben werde, das Vertrauen auf eine demnächst zu erwartende Konsolidierung des europäischen Friedens hegen sie nicht, ihre Stimmung ist im Gegenteil eine sehr ernste.

In den Höllengrund.*

Novelle von Reinhold Ortman.

[25]

Das Feuerwerk war zu Ende, und die von dem Ausfall desselben ganz entzückte Festgesellschaft strömte in die hell erleuchteten Salons zurück. Jeder wünschte dem Hausherrn seinen Dank und seine Bewunderung auszudrücken, aber weder Graf Recke noch seine Tochter waren irgendwo zu sehen. Da, als die Verlegenheit allgemein zu werden anfing, und als Hans von Trüschler in voller Rothlosigkeit eben den Musikern das Zeichen zum Beginn einer Tanzweise gegeben hatte, öffnete sich die Thür eines Nebenraumes und der Erwartete trat über die Schwelle. Er hatte sich straff aufgerichtet und sah sehr stattlich aus mit seiner hünenhaften Gestalt und im Schmuck seiner Orden. Hinter ihm aber — und es war keiner da, der im ersten Moment seinen Augen getraut hätte — hinter ihm traten Arm in Arm Pastor Rohden und die Comtesse Elfriede Recke in den Saal.

Der Graf machte nach der von hochstammigen Blattypflanzen verdeckten Musikktribüne hin ein Zeichen mit der Hand, und jäh verstummten die lustigen Klänge. Auch in der Gesellschaft war es todtenstill, während der hohe grauhaarige Mann in die Mitte des Saales trat und mit starker, fester, bis in den letzten Winkel deutlich vernehmlicher Stimme sagte:

„Ich habe die Ehre, Ihnen die Verlobung meiner einzigen Tochter Elfriede mit dem Herrn Pastor Bernhard Rohden anzuziegen.“

Die Wirkung dieser Mitteilung war eine unbeschreibliche. Wie ein einziger Ausdruck der Verwunderung, des grenzenlosen Staunens ging es durch die Gesellschaft, ein Flüstern und Murmeln und Zischeln auf allen Seiten folgte, und schüchtern, mit einem verlegenen Lächeln in den Mienen, näherten sich endlich die ersten dem Grafen und den jungen Brautpaaren, um in mehr oder weniger geschaubten Worten Ihre Glückwünsche abzustatten.

Bald nachher standen sich der Graf und der junge Geistliche in dem Arbeitszimmer des ersten gegenüber. Jetzt zum ersten Male fand Rohden Gelegenheit, zu sprechen, ohne daß ihn der Vater Elfriede kurz und herrisch unterbrochen hätte. Freimüthig und mit

Der „R. Fr. Pr.“ gehen aus Krakau, 13. Februar, folgende Telegramme zu:

Ein Bericht des „Gaz“ von der russisch-galizischen Grenze bestätigt die Melbung der „Polnischen Correspondenz“, wonach in der Umgebung von Pinezow, wo bereits seit vergangenem Herbst vier Dragoner-Regimenter (in Pinezow zwei, in Chmelnik und Stasow je ein Regiment) sich befinden, die Ankunft von vier Tscherkessen-Regimenten bevorstünde. In der gesamten russischen Armee seien keine vier Tscherkessen-Regimenter vorhanden; zwei Schwadronen tscherkessischer Reiter, die in Petersburg stationiert sind, gehören zur Suite des Bars, und zwei Tscherkessen-Regimenter, die zu den nichtregulären Truppen zählen, befinden sich derzeit im Kaufhaus. In Congresspolen sind im Laufe des Winters mehrere Kosaken-Regimenter angelommen, und einige derselben werden möglicherweise nach den Districten von Sandomir und Kielce vorgezogen werden. Nach einer Lubliner Melbung der „Reforma“ werden in dem verschwanzten Lager von Demblin große Militärmassen konzentriert, und ist den Offizieren die strenge Weisung zugegangen, in gar keine Verbindung mit der Bevölkerung zu kommen und sogar den Besuch bürgerlicher Gasthäuser zu unterlassen.

Deutschland.

Berlin, 14. Febr. [Die Eisenbahn-Vorlage.] Wir haben bereits mitgetheilt, welche Summen zum Bau neuer Eisenbahnen verwendet werden sollen. Außerdem bestimmt die Vorlage im § 1:

Mit der Ausführung der aufgeföhrten Bahnen ist erst dann vorzugehen, wenn nachstehende Bedingungen erfüllt sind:

A. Der gesammte zum Bau der unter Nr. 1 bis 11 und 16 bis 19 bezeichneten Bahnen und deren Nebenanlagen nach Maßgabe der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten oder im Enteignungsverfahren festzustellenden Projeck erforderliche Grund und Boden ist der Staatsregierung in dem Umfange, in welchem derselbe nach den landesgesetzlichen Bestimmungen der Enteignung unterworfen ist, unentgeltlich und lastfrei — der dauernd erforderliche zum Eigentum, der vorübergehend erforderliche zur Benutzung für die Zeit des Bedürfnisses — zu überweisen, oder die Errichtung der sämtlichen staatsseitig für denselben Bedarfssitz im Wege der freien Vereinbarung oder Enteignung aufzuwendenden Kosten, einschließlich aller Nebenkostendienstungen für Wirtschaftserwerbsnische und sonstige Nachtheile, in rechtsgültiger Form zu übernehmen und sicher zu stellen. Nachstehende Verpflichtung erstreckt sich insbesondere auch auf die unentgeltliche und lastfreie Hergabe des für die Ausführung derjenigen Anlagen erforderlichen Terrains, deren Herstellung dem Eisenbahnunternehmer im öffentlichen Interesse oder im Interesse des benachbarten Grundeigenthums auf Grund landesgesetzlicher Bestimmungen obliegt oder auferlegt wird. Zu den Grunderwerbskosten für nachfolgende Bahnen soll staatsseitig ein Zuschuß gewährt werden, und zwar: a. für die Bahn zu Nr. 9 (Arnstadt-Saalfeld) von 700000 M., b. für die Bahn zu Nr. 19 (Mayen-Gerolstein) von 400000 M.

B. Für die unter Nr. 1 bis 8 und 10 bis 19 bezeichneten Bahnen ist die Mittbemühung der Chausseen und öffentlichen Wege, soweit dies die Aufsichtsbehörde für zulässig erachtet, seitens der daran beteiligten Interessenten unentgeltlich und ohne besondere Entschädigung für die Dauer des Bestehens und Betriebes der Bahnen zu gestalten.

C. Für die unter Nr. I Lit. a 6, 11 und 16 benannten Bahnen muß außerdem von den Interessenten zu den Baukosten ein unverzinslicher nicht rückzahlbarer Zuschuß geleistet werden, und zwar zum Betrage: a. bei Nr. 6 (Hirschberg in Schlesien-Potsdamer) von 60000 M., b. bei Nr. 11 (Gremmühlen-Lützenburg) von 175000 M., c. bei Nr. 16 (Niederwaltern-Weidenhausen) von 42000 M.

S. 2. Die Staatsregierung wird ermächtigt: I. Zur Anlage des zweiten beziehungsweise dritten und vierten Gleises auf den nachstehend bezeichneten Strecken und zu den dadurch bedingten Ergänzungen und Gleisverschiebungen auf den Bahnhöfen:

1) Hohenstein in Westpreußen-Danzig (Lege-Thor) die Summe von 631000 M.

2) Danzig-Zoppot die Summe von 556000 M.

3) Neubabelsberg-Potsdam die Summe von 1650000 M.

4) Garbzig-Buchholz die Summe von 570000 M.

5) Bockenheim-Rödelheim die Summe von 290000 M., zusammen

3697000 M.

II. Zu nachstehenden Bauausführungen:

1) Für die Erweiterung der Brücken und Bahnlanlagen bei Dirschau und Marienburg die Summe von 600000 M.

2) Für die Erweiterung des Bahnhofs Jarotschin die Summe von 643000 M.

3) Für die Erweiterung des Personenbahnhofs in Stettin die Summe von 640000 M.

4) Für die Umgestaltung und Erweiterung der Bahnhofsanlagen bei Spandau die Summe von 1300000 M.

5) Für die Herstellung einer Zweigbahn vom Elbbahnhofe in Magdeburg nach Buckau die Summe von 200000 M.

6) Für die Erweiterung des Bahnhofs Weimar die Summe von 480000 M.

7) Für die Herstellung eines gemeinschaftlichen Empfangsgebäudes zu Osnabrück die Summe von 1650000 M.

8) Für die Erweiterung des Bahnhofs Bohmisch-Mimnitz die Summe von 978000 M.

9) Zur Deckung der Mehrkosten für die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Düsseldorf die Summe von 2300000 M.

10) Für die Herstellung von Gleisverbündungen:

a. zwischen Alsdorf und Herzogenrath die Summe von 550000 M.

b. zwischen Morsbach und Kohlscheid die Summe von 980000 M.

11) Zur Deckung der Mehrkosten für den Bau der Eisenbahn von Elberfeld nach Kronenberg die Summe von 350000 M.

12) Zur Deckung der Mehrkosten für die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Duisburg die Summe von 275000 M.

13) Für den Umbau des Bahnhofs Rothe Erde die Summe von 100000 M.

14) Für die Verlegung des Rheinischen Güterbahnhofes zu Nachen die Summe von 2300000 M.

15) Zur Deckung der Überzahlung des Baufonds und Fertigstellung und Abwicklung von Bauausführungen des früheren Aachen-Jülicher Eisenbahn-Unternehmens die Summe von 410000 M.

16) Für die Erweiterung und bessere Ausrüstung der vorhandenen Werkstätten und Lokomotiv- und Wagenschuppen die Summe von 2500000 M., zusammen 22656000 M.

III. Zur Beschaffung von Betriebsmitteln für die bereits bestehenden Staatsbahnen und die im § 1 unter Nr. II bezeichneten, in das Eigentum des preußischen Staates übergehenden Bahnen die Summe von 8000000 M.

IV. Zur Gewährung einer unverzinslichen, nicht rückzahlbaren Beihilfe an die königlich württembergische Staatsregierung zu den Baukosten einer Eisenbahn von Sigmaringen (Inzigkofen) nach Tuttlingen die Summe von 500000 M., insgesamt 34853000 M. zu verwenden.

S. 3. Die Staatsregierung wird ermächtigt: I) zu einer Eisenbahn von Arnstadt nach Saalfeld (§ 1 Nr. I Lit. a 9) den Betrag der von der vormaligen Eisenbahngeellschaft Erfurt-Hof-Eger bestellten, dem Staate verfallenen Caution von 25449 M. 72 Pf. zu verwenden, 2) zur Deckung des alsdann noch verbleibenden Restbetrages im § 1 Nr. I von höchstens 7644550,28 M., sowie zur Deckung der für die im § 2 unter Nr. I bis III vorgesehenen Bauausführungen und Beschaffungen und für die im § 2 unter Nr. IV vorgesehene Beihilfe erforderlichen Mittel von zusammen höchstens auf Grund landesgesetzlicher Bestimmungen obliegt oder auferlegt wird. Zu den Grunderwerbskosten für nachfolgende Bahnen soll staatsseitig ein Zuschuß gewährt werden, und zwar: a. für die Bahn zu Nr. 9 (Arnstadt-Saalfeld) von 700000 M., b. für die Bahn zu Nr. 19 (Mayen-Gerolstein) von 400000 M.

B. Für die unter Nr. 1 bis 8 und 10 bis 19 bezeichneten Bahnen ist die Mittbemühung der Chausseen und öffentlichen Wege, soweit dies die Aufsichtsbehörde für zulässig erachtet, seitens der daran beteiligten Interessenten unentgeltlich und ohne besondere Entschädigung für die Dauer des Bestehens und Betriebes der Bahnen zu gestalten.

C. Für die unter Nr. I Lit. a 6, 11 und 16 benannten Bahnen muß außerdem von den Interessenten zu den Baukosten ein unverzinslicher nicht rückzahlbarer Zuschuß geleistet werden, und zwar zum Betrage: a. bei Nr. 6 (Hirschberg in Schlesien-Potsdamer) von 60000 M., b. bei Nr. 11 (Gremmühlen-Lützenburg) von 175000 M., c. bei Nr. 16 (Niederwaltern-Weidenhausen) von 42000 M.

S. 2. Die Staatsregierung wird ermächtigt: I. Zur Anlage des zweiten beziehungsweise dritten und vierten Gleises auf den nachstehend bezeichneten Strecken und zu den dadurch bedingten Ergänzungen und Gleisverschiebungen auf den Bahnhöfen:

1) Danzig-Zoppot die Summe von 556000 M.

2) Neubabelsberg-Potsdam die Summe von 1650000 M.

3) Garbzig-Buchholz die Summe von 570000 M.

4) Bockenheim-Rödelheim die Summe von 290000 M., zusammen

3697000 M.

II. Zu nachstehenden Bauausführungen:

1) Für die Erweiterung der Brücken und Bahnlanlagen bei Dirschau und Marienburg die Summe von 600000 M.

2) Für die Erweiterung des Bahnhofs Jarotschin die Summe von 643000 M.

3) Für die Erweiterung des Personenbahnhofs in Stettin die Summe von 640000 M.

S. 6. Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Berlin, 14. Februar. [In dem Proces Guttman gegen die Disconto-Gesellschaft] wurde, wie bereits gemeldet, das eröffnungsläufige Urtheil gefällt. Über die heutige Verhandlung berichtet die „T. R.“: Der Mandat des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Platau, führt aus, daß allerdings nicht sämtliche Klagebehauptungen durch die Beweiserhebungen bestätigt worden seien. Sein Mandant sei genötigt gewesen, um überhaupt

dass ihm von der Beflagten selbstverständliche vorenthalten Material zu gewinnen, seine bloßen Annahmen als Thatfachen unter Beweis zu stellen. Das Resultat der Beweisaufnahme sei durchaus geeignet, die Klage zu stützen; denn es sei durch dieselbe festgestellt, daß die aus der angefochtenen Thut einzige zu ziehenden Schlüsse nicht nur jeder tatsächlichen Unterlage entbehren, sondern daß durch das Material, welches vorgelegen hat, die gerade entgegengesetzten Schlüsse gerechtfertigt wären. Aus dem Geschäftsbericht pro 1882/83 geht hervor, daß die

durch beschäftigenden Bestellungen zu noch niedrigeren Preisen abgeschlossen waren. Schon dieser Ausfall an den Einnahmen, durch welchen die Dividende gegen das Vorjahr allein schon um $1\frac{1}{2}$ p.Ct. herabgedrückt wurde, wog noch der Fortfall von $\frac{1}{4}$ p.Ct. reinen Buchgewinn aus dem Vorjahr hinzu, hätte die belagte Gesellschaft von einer Entziehung dieser Aktionen abhalten müssen. Drei Directoren waren diese Verhältnisse als Mitgliedern des Aufsichtsraths der Dortmunder Union bekannt, und wenn dies auch betrifft des Directors Salomonsohn nicht erwiesen sei, so müsse dieser nach der Reichsgerichts-Judicatur sich die Kenntnis seiner Mitdirectoren anrechnen lassen. Unter diesen Umständen durfte nicht von einem sehr zurückliegenden Course die Rede sein, sondern der Cours war, den Verhältnissen der Gesellschaft entsprechend, noch viel zu hoch. Nun könnte für den guten Glauben der Belagten der Umstand sprechen, daß sie im October 1883 noch 2 Millionen Mark Aktionen zum Par-Course abnahmen, während der Cours viel niedriger stand. Aber man wolle dabei nicht übersehen, daß mit den 3 Millionen Aktionen die Belagte nur ein Guthaben bei der Union zum Ausgleich brachte. Dasselbe betrug bei Beginn des Geschäftsjahres 2 400 000 M. und am Schlus des selben hatte die Union 600 000 Mark von der Belagten zu fordern. Hier nach sei die grobe Fahrlässigkeit der Belagten bei Abfertigung des Briefes vom 8. September 1883 an den Kläger nachgewiesen, woraus deren Verpflichtung zur Erfüllung des Schadens folgt. Von einer Verjährung könnte nicht die Rede sein, da der Kläger schon aus dem (unrichtigen) Geschäftsbuch der Dortmunder Union für 1882/83 deren schlechten Stand keineswegs zu erkennen im Stande gewesen sei. Aus dem Gutachten des Büchereviseurs Bierstädt, nach welchen die belagte Gesellschaft am 1. Januar 1883 einen Bestand von Aktionen der Dortmunder Union in Höhe von 2 438 400 Mark am 7. Juni 1883 nur noch in Höhe von 600 000 Mark besessen hat, zieht Rechtsanwalt Dr. Flatau den für die Klage günstigen Schluß, daß die Belagte in diesen fünf Monaten über drei Millionen Mark Aktionen zu geringerem als Par-Course verkaufte hat, während sie in der Klagenotis den Cours als sehr zurückliegenden bezeichnet hat. Es sei doch zumindest aufzufallen, daß die Belagte, wenn sie die Ansicht hatte, der Cours sei verhältnismäßig zu niedrig, eine so große Anzahl Aktionen zu diesem niedrigeren Cours an den Markt gebracht hat. — Auf seinen Wunsch wurde Regierungsrath Seibold noch einmal vernommen; aus seiner Vernehmung ist als wichtig nur hervorzuheben, daß nach der Situation der Gesellschaft die Dividende für 1883—84 mit Wahrscheinlichkeit geringer zu schätzen war, als die für 1882—83. Der in der Bilanz für 1882—83 vermerkte Buchgewinn von 300 000 M. habe keinen Einfluß auf die Dividende gehabt, sondern sei zu Abschreibungen verwendet worden. Seit 1886 sei er aus jedem Verhältnis zur Disconto-Gesellschaft, in welcher er Mitglied des Verwaltungsrats war, ausgeschieden. — Rechtsanwalt Dr. Flatau sieht schließlich noch der belagten Gesellschaft den Eid darüber zu, daß dieselbe nach dem 7. September 1883 in Dortmunder Union-Stamm-Prioritäten à la baiasse speculiert habe. — Die Disconto-Gesellschaft ist durch den Rechtsanwalt Ernst vertreten; außerdem ist der Mitdirector Generalcontrollor von Hause und ein Hilfsarbeiter der Gesellschaft anwesend. Der Mandatar der Belagten erklärt, jetzt einen anderen Standpunkt einzunehmen, als bei der ersten Verhandlung. Jetzt habe seine Gesellschaft, nachdem dieser Prozeß in der Presse mehrfach in einer für sie ungünstigen Weise besprochen worden, das Interesse der Beendigung derselben. Die Sache sei auch spruchreif, und er bitte, den neu gestellten Beweisantrag als überflüssig abzulehnen. Der Gerichtshof erkannte nach kurzer Beratung auf Abweisung der Klage, weil die Klagenotis sich nur als ein üblicher Börsenbericht charakterisierte.

[Das Polenthum und die römische Curie.] Ueber das gegenwärtige Verhältnis des Polenthums zur römischen Curie bringt der Posener „Gonicz Bielskopolski“ in seiner Nummer vom 14. Februar (Dinsdag) einen bemerkenswerten Artikel, in dem es heißt:

„Wir Polen verehren mit kindlicher Liebe den heiligen Vater und seine Bischöfe und haben vollständiges Vertrauen zu ihnen. Gedoch, wenn wir sehen, daß das Papstthum für Aussichten irgend welcher Natur uns das nimmt, was uns nach Gottes Ordnung gehört, wenn es uns nimmt unsere nationalen Seelenhirten, wenn es uns nimmt unsere Muttersprache, dann hören wir Polen nicht auf zu wiederholen non possumus und zwar so lange, bis Gott uns nicht auf einem anderen Wege das gibt, was uns der Papst nimmt oder zu nehmen gefasst, ohne ein Wort des Protestes von seiner Seite... Satan verucht jetzt die Polen in zweierlei Richtung: entweder sollen sie abspringen vom Papste, was ein Verhältnis am Glauben wäre, oder sie loslassen von Polen, was einem Verhältnis am Vaterlande und an sich selber gleich käme.“

[Georg Weber] in Heidelberg erhielt zu seinem 80. Geburtstage ein fulvoles Handschreiben des Großherzogs von Baden und den Charakter als geheimer Hofrat. Heidelberg und Neuenheim verleihen ihm das Ehrenbürgerrecht. Unter den zahlreichen Telegrammen etc. ist das des Erbgroßherzogs hervorzuheben. Die Glückwunsche-Deputationen folgten sich ununterbrochen; außer den Vertretern der Staats- und städtischen Behörden, der Universität des historisch-philosophischen Vereins sei eine Deputation der Jurisprudenz und der sogenannten Dommersdags-Gesellschaft erwähnt, welche ein kunstvolles Album überreichte u. a. m. In allen Ansprachen und Zusendungen wird hervorgehoben, wie der Jubilar mit der Vielseitigkeit des wahren Historikers die heitere Ruhe des Philosophen

in seiner Natur glücklich verschmilzt. In den achtzig Jahren Weltgeschichte, auf die er zurückblickt, hat er durch alle seine Werke seinen Wahlspruch beobachtet: „Gerecht sein gegen jede aufrichtige Bestrebung ist wahre Humanität.“

* Berlin, 14. Februar. [Berliner Neuigkeiten.] Die Leiche des seit dem December v. J. vermachten Amtmanns Jenks aus Plötzensee ist am Sonntag Abend in dem Spandauer Schifffahrtskanal, in der Nähe des Wolffschen Petroleumslagers, aufgefunden worden. Verleihungen, soweit solche bei dem stark verwirrten Zustande der Leiche überhaupt sich erkennen lassen, könnten nicht wahrgenommen werden. Uhr und Portemonnaie fanden sich noch vor, so daß die Annahme, Jenks sei das Opfer eines Raubmordes geworden, ausgeschlossen erscheint.

Beträchtliches Aufsehen hat, wie das „Berl. Tagl.“ berichtet, in weiteren Kreisen die auf Requisition des Unterfuchungsrichters erfolgte Verhaftung des General-Directors der „Allgem. Deutschen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft“, Michel, erregt.

Wegen sozialdemokratischer Agitation war der Bildhauer Hermann Elias aus Nürnberg ausgewiesen worden. Trotzdem hielt sich derselbe seit Donnerstag in der Wohnung seiner Schwägerin auf. Am Freitag früh geriet er mit derselben in Streit, wobei er derartig in Wuth geriet, daß er, als die Frau auf kurze Zeit das Zimmer verlassen hatte, ein Messer ergriff und sich die Pulsader zu öffnen versuchte. Durch die bald darauf erfolgte Rückkehr der Frau wurde jedoch der Plan vereitelt. Nach Anlegung eines Rothverbandes wurde Elias ins Polizeigewahrsam gebracht und wird nun wegen Nichtbefolgung des Ausweisungsbefehls zur Verantwortung gezogen werden.

Das erste Gründstück in Berlin, welches ohne Gasanlage ist und nur elektrische Beleuchtung erhält, ist das Grand Hotel Bellevue (früher Thiergarten-Hotel) am Potsdamer Platz. Die mit allem Komfort ausgestatteten Räume sollen am 1. April d. J. dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Sämtliche 80 Fremdenzimmer erhalten elektrische Decken- und Wandbeleuchtung. Die Heizung geschieht durch Kachelöfen von den Corridoren aus. Das Restaurant, sowie das Café mit einer 500 Personen fassenden Terrasse soll sich ebenfalls durch elegante Ausstattung auszeichnen. Für das reisende Publikum ist noch die Annehmlichkeit vorhanden, daß sich in dem Etagelement ein Verkauf von Eisenbahn- und Theaterbilletten befinden wird. Adressbücher in großer Anzahl, sowie über 100 Zeitungen werden dem Publikum zur Verfügung stehen.

Gesetz, betreffend Änderungen der Wehrpflicht.

Vom 11. Februar 1888.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages, was folgt:

Artikel I.

Der erste Satz des Artikels 59 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 (Bundes-Gesetzbl. 1871 Nr. 16) erhält folgende Fassung:

Feder wehrfähige Deutsche gehört sieben Jahre lang, in der Regel vom vollendetem zwanzigsten bis zum beginnenden achtundzwanzigsten Lebensjahr, dem stehenden Heere — und zwar die ersten drei Jahre bei den Fahnen, die letzten vier Jahre in der Reserve —, die folgenden fünf Lebensjahre der Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das neununddreißigste Lebensjahr vollendet wird, der Landwehr zweiten Aufgebots an.

Artikel II.

Erster Abschnitt.

Landwehr.

§ 1. Die Landwehr wird in zwei Aufgebote eingeteilt.

§ 2. Die Verpflichtung zum Dienst in der Landwehr ersten Aufgebots ist von fünfjähriger Dauer. — Der Eintritt in die Landwehr ersten Aufgebots erfolgt nach abgeleisteter Dienstpflicht im stehenden Heere. — Die Dienstverhältnisse der Landwehr ersten Aufgebots regeln sich nach den bisher für die Landwehr gültigen Bestimmungen. — Mannschaften der Cavallerie, welche sich freiwillig zu einer vierjährigen aktiven Dienstzeit verpflichtet haben, dienen in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei Jahre.

§ 3. Die Verpflichtung zum Dienst in der Landwehr zweiten Aufgebots dauert bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das neununddreißigste Lebensjahr vollendet wird. — Für Dienstpflichtige, welche vor vollendetem zwanzigstem Lebensjahr in das Heer eingetreten sind, endigt die Verpflichtung am 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem der Dienstpflichtige sechs Jahre der Landwehr zweiten Aufgebots verfüllt hat.

Der Eintritt in die Landwehr zweiten Aufgebots erfolgt

a. nach abgeleisteter Dienstpflicht in der Landwehr ersten Aufgebots,

b. für Erfahrservisten, welche geübt haben, nach abgeleisteter Erfahrservenpflicht (Vergl. § 15).

Die Dienstverhältnisse der Landwehr zweiten Aufgebots regeln sich nach den für die Landwehr ersten Aufgebots gültigen Bestimmungen, jedoch mit den im § 4 vorgesehenen Abweichungen.

§ 4. Für die zur Landwehr zweiten Aufgebots gehörigen Personen greifen folgende Vergünstigungen Platz:

1) Dieselben dürfen im Frieden zu Übungen und Controversammlungen nicht herangezogen werden.

2) Die für ihre Kontrolle erforderlichen Meldungen an die zuständigen Militärbehörden können auch durch Familienangehörige erstattet werden.

3) Sie bedürfen außer dem Falle einer besonderen Anordnung für die Zeit eines Krieges oder einer Kriegsgefahr (§ 17 des Gesetzes vom 1. Juni 1870, Bundes-Gesetzbl. S. 355, sowie § 140 Absatz 3 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich) keiner Erlaubnis zur Auswanderung, sind vielmehr nur verpflichtet, von ihrer bevorstehenden Auswanderung der zuständigen Militärbehörde Anzeige zu machen. Die Unterstellung dieser Anzeige unterliegt der im § 360 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich angeordneten Strafe.

4) Weisen solche Personen durch Consulatsatteste nach, daß sie in einem außereuropäischen Lande eine ihren Lebensunterhalt sichernde Stellung als Kaufmann, Gewerbetreibender etc. erworben haben, so kann der ihnen erteilte Urlaub bis zur Entlassung aus dem Militärverhältnisse und unter gleichzeitiger Entbindung von der Pflicht zur Rückkehr im Falle einer Mobilisierung verlängert werden.

§ 5. Die Verpflichtung aus der Landwehr ersten Aufgebots beziehungsweise der Erfahrservisten in die Landwehr zweiten Aufgebots erfolgt im bei den nächsten auf Erfüllung der betreffenden Dienstzeit folgenden Frühjahr-Controversammlungen. Diejenigen Mannschaften, deren Dienst in der Landwehr ersten Aufgebots in der Zeit vom 1. April bis zum 30. September abläuft, treten bei den Herbst-Controversammlungen des betreffenden Jahres zur Landwehr zweiten Aufgebots über. Im Falle einer Verpflichtung in die Landwehr zweiten Aufgebots und Entlassung aus derselben nicht statt.

§ 6. Zur Verstärkung dringender häuslicher und gewerblicher Verhältnisse können Mannschaften der Landwehr ersten und zweiten Aufgebots, sowie in besonders dringenden Fällen auch einzelne Reservisten, für den Fall der Mobilisierung hinter die letzte Jahrestufe der Landwehr zweiten Aufgebots zurückgestellt werden, jedoch darf in keinem Ausbildungsbereich die Zahl der hinter die letzte Jahrestufe der Landwehr zweiten Aufgebots zurückgestellten Mannschaften drei Prozent der Reserve und der gesamten Landwehr übersteigen.

§ 7. 1) Zur erstmaligen Aufstellung der Listen haben sich diejenigen im Jahre 1850 oder später geborenen Personen, welche nach abgeleisteter geschichtlicher Dienstpflicht im stehenden Heere und der Landwehr bzw. als gelbliche Erfahrservisten nach Ablauf der Erfahrservenpflicht zum Landsturm entlassen sind, innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes schriftlich oder mündlich unter Vorlage ihrer Militärpapiere, soweit diese noch vorhanden sind, in Stationsorte der betreffenden Landwehr-Compagnie zu melden. Bei Unterlassung der Meldung kommen die Bestimmungen des § 67 des Reichs-Militärgesetzes in Anwendung.

2) Die vorstehend festgesetzte Meldefrist wird für die davon betroffenen Personen, welche sich außerhalb Deutschlands bzw. auf Seereisen befinden, bis zum 30. September 1888 bzw. wenn dieselben vor diesem Zeitpunkte nach Deutschland zurückkehren oder bei einem Seemannsamt des Landes abgemeldet werden, bis vierzehn Tage nach erfolgter Rückkehr bzw. Abmusterung verlängert.

3) Diejenigen der unter 1 und 2 fallenden Personen, welche vor vollendetem zwanzigstem Lebensjahr in das Heer eingetreten sind, werden nur dann in die Landwehr zweiten Aufgebots aufgenommen, nemlich der Eintritt in das Heer am 1. April 1870 oder später erfolgt ist. Ihre Zugehörigkeit zur Landwehr zweiten Aufgebots endigt mit dem nächsten 31. März nach Ablauf voller achtzehn Jahre seit ihrem Eintritt in das Heer.

Zweiter Abschnitt.

Erfahrservisten.

§ 8. Die Erfahrservisten dienen zur Ergänzung des Heeres bei Mobilisierungen und zur Bildung von Erfah-Truppenteilen.

§ 9. Der Erfahrservisten sind alljährlich so viele Mannschaften zu überweisen, daß mit sieben Jahrestufen der erste Bedarf für die Mobilisierung des Heeres gedeckt wird. — In erster Linie sind derselben diejenigen Personen zu überweisen, welche zum Militärdienst tauglich befunden, aber als überzählige, d. i. wegen hoher Loosnummer, nicht zur Einstellung gelangt sind.

Der weitere Bedarf ist zu entnehmen:

a. aus der Zahl derjenigen tauglichen Militärs, deren häusliche Verhältnisse die Befreiung von der Ableistung der aktiven Dienstpflicht zur Folge haben;

b. aus der Zahl derjenigen Militärs, welche wegen geringer körperlicher Fähigkeit von der Ableistung der aktiven Dienstpflicht befreit werden (d. h. bedingt tauglich sind);

c. aus der Zahl derjenigen Militärs, welche wegen zeitiger Dienstuntauglichkeit von der Ableistung der aktiven Dienstpflicht befreit werden (d. h. zeitig untauglich sind), deren Kräftigung aber während der nächstfolgenden Jahre in dem Maße zu erwarten ist, daß sie den Anstrengungen des Dienstes gewachsen sind.

Die Überweisung ist in der vorstehenden Reihenfolge zu bewirken. Ist ein Überzughalt vorhanden, so entscheidet unter den Freigelassenen (überzähligen) die Reihenfolge der Loosnummer, unter den übrigen Militärs diejenigen die die höchste Dienstfähigkeit, das Verhältnis das Gleiche geben.

§ 10. Eine Überweisung anderer als der im § 9 bezeichneten tauglichen Militärs, deren häusliche Verhältnisse die Befreiung von der Ableistung der aktiven Dienstpflicht zur Erfahrservisten kann durch die Erfahrservisten

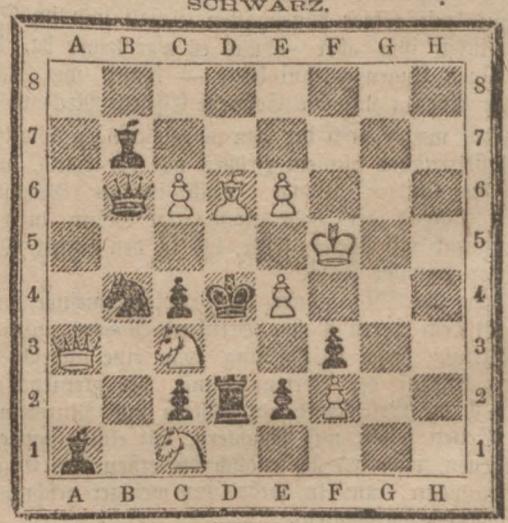
blos aus Bandschleifen bestehenden Schmuckes an, etwas mehr der Einfachheit zuzuneigen. Allerdings einfach nur im Verhältnisse zum exorbitanten Luxus der nicht tangenzen Damen. Wie weit sind wir von Seiten entfernt, da man im weißen Mäusekleidchen, das man sich zur Sommerszeit eigenhändig gezeichnet, das man zum Gott weiß wie vielleicht eigenhändig geplättet hatte. Solle besuchte, welche die allerhöchste, allergräßteste Gesellschaft vereinigten! Und ist das Verhältnis das Gleiche geblieben? Sollten die jugendlichen Ballbesucherinnen von heute, deren Toiletten das Zehnfache kosten wie einst, wirklich auch zehnmal so viel tanzen und zehnmal so viel Herzen heiratslustiger Männer erobern?

Für den zweiten Ball im Hotel-de-Ville hatte der Pariser Gemeinderath mit zwei Kuchenbäckern einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge sie für 15 000 Franken zu liefern hatten: 6300 Syrups, 3200 Gele, 4000 Eis-Cafés, 1250 Marquises, 3200 Buntde, 1900 Chocoladen, 1400 Sandwiches, 6000 Brötchen mit Gänseleber-Pastete, 2060 Pfund kleines Gebäck, 45 Babas zu je 3 Pfund, 40 Biscuits zu je 3 Pfund, 1000 Kuchen, 4400 Connoisseuses, 32 Körbe Mandarinen, 500 Flaschen Bordeaux und 2500 Flaschen Champagner. Die Unternehmer hatten sich verpflichtet, nötigenfalls die Buffets neu anzustatten. In dem Saal des Erdgeschosses wurden etwa 40 Hektoliter Bier getrunken.

Schach.

Ausgabe Nr. 103. Von S. Loyd.

SCHWARZ.



Lösung, von Nr. 102: 1) T e 6 — h 6 +, g 7: Th 6, 2) L e 3 — f 2, beliebig, 3) T h 2 f 2.

Richtige Lösungen sandten ein: Dr. B. Reich, Losau. Cand. ju. Martin, Breslau. Schlesinger, Landsberg. S.V. 4

Kleine Chronik.

Dr. Schliemann ist in Alerandrien angekommen und beabsichtigt in der Nähe des Namch-Bahnhofs Nachgrabungen nach historischen Resten aus der Zeit der Kleopatra vorzunehmen, wozu er bereits die Genehmigung der Regierung erhalten hat. Er soll ferner die Absicht haben, Nachforschungen nach dem Grabe Alexanders des Großen hier selbst anzustellen.

Latinenfürste im Gasteiner Thal. Aus Gastein wird vom 10. d. gemeldet: In dem eine Stunde von Wöbbel-Gastein entfernten Böckstein sind in Folge des außergewöhnlichen Schneefalles fürchtbare Schneelawinen von den Bergen herabgerollt und haben neben mehreren Haustadeln auch drei Häuser ganz verschüttet. Ein glücklicher Fall war es, daß hierbei kein Verlust an Menschenleben zu beklagen ist. In dem Hause des alten Gasteiner Briefträgers Schattauer sahen dessen Weib und Kinder bei Tische, als sich die Lawine mit furchtbarer Wucht über das Haus stürzte und selbst ganz verschüttete. Das Weib und die Kinder wurden durch den Luftdruck unter den Tisch geschleudert und konnten nachher gerettet werden. Das Haus des Ruppert Klausner ist ebenfalls vollkommen unter Schnee begraben, jedoch konnten sich die Bewohner derselben rechtzeitig flüchten. Der Raffeldbach soll durch Lawinen und Holz, welches dieselben mitrißten, an mehreren Stellen verschüttet sein. Auch im Klammelpaß fängt es an, durch die Lawinen unsicher zu werden, und es war nur dem starken Straßengänger zu verdanken, daß nicht ein vierpäfiger Fuhrwagen sammt den Pferden durch eine Lawine in den Abgrund der Gasteiner Ache gestürzt wurde.

Russische Kälte. In Russland fordert die Kälte erschreckend zahlreiche Opfer. In der Umgebung Moskaus wurden in leichter Zeit nicht weniger als 13 Leichen Erfrorene, darunter fünf Frauen, gefunden. Die Mehrzahl

Dritter Instanz ausnahmsweise verfügt werden, wenn besondere im Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874 nicht ausdrücklich vorgesehene Billigkeitsgründe eine Befreiung von der Ableistung der aktiven Dienstpflicht gerechtfertigt erscheinen lassen.

§ 11. Die der Ersatzreserve überwiesenen Personen gehören zu den Mannschaften des Beurlaubtenstandes und sind allen für die letzteren insbesondere den für Reserve und Landwehr — gütlichen Bestimmungen unterworfen, insofern nicht in den nachstehenden Paragraphen besondere Besitzungen getroffen sind.

§ 12. Die Ersatzreservisten können alljährlich einmal, und zwar zu den im Frühjahr stattfindenden Centralversammlungen herangezogen werden.

§ 13. Die Ersatzreservisten sind im Frieden zur Ableistung von drei Übungen verpflichtet, von denen die erste zehn Wochen, die zweite sechs Wochen und die dritte vier Wochen dauert. — Die Zahl der zur ersten Übung einzuberufenden Mannschaften wird durch den Reichshaushaltsgesetz festgelegt. — Die Heranziehung zur ersten Übung erfolgt in der Regel innerhalb eines Jahres nach Überweisung zur Ersatzreserve. Den Ersatzreservisten, welche zur ersten Übung einberufen werden sollen, ist, von besondern Ausnahmen abgesehen, der Gesetzungszeit bis zum 15. Juli des betreffenden Kalenderjahres bekannt zu machen. — Schiffahrt treibende Mannschaften und solchen Ersatzreservisten welche auf ihren Wunsch später, oder als Nachschub nachträglich zur ersten Übung herangezogen werden sollen, ist der Gesetzungszeit vierzehn Tage vor Beginn der Übung bekannt zu machen. Als Nachschub sind die wegen hoher Losnummer der Ersatzreserve überwiesenen Mannschaften nicht heranziehen. — Jungen Leuten von Bildung, welche sich während ihrer Dienstzeit selbst bekleiden, ausrüsten und versorgen und welche die gewöhnlichen Kenntnisse in dem vorchristlichen Umfange darlegen haben (§ 11 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. November 1867), steht für die erste Übung unter denjenigen Truppenteilen die Wahl frei, welchen für das betreffende Jahr die Ausbildung von Ersatzreserven übertragen ist. — Der Ersatzreserve überwiesene Personen, welche auf Grund der Ordination oder der Priesterweihe dem geistlichen Stande angehören, sollen zu Übungen nicht herangezogen werden. — Erit während Ableistung einer Übung durch eigenes Verschulden oder im eigenen Interesse der Übenden eine Unterbrechung ein, so kommt die Zeit der letzteren auf die Übungszzeit nicht in Anrechnung.

§ 14. Ersatzreservisten, welche das zweitunddreißigste Lebensjahr überschritten haben, werden zu Übungen nicht mehr herangezogen. Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung auf diejenigen, welche

a. in Folge eigenen Verschuldens verpflichtet der Ersatzreserve überwiesen,
b. wegen Kontrollentziehung in jüngere Jahresklassen zurückversetzt oder
c. auf ihren Antrag von der zuletzt vorhergehenden Übung bestellt worden sind.

§ 15. Die Zugehörigkeit der Ersatzreserve (Ersatzreservepflicht) dauert zwölf Jahre und reicht vom 1. Oktober des ersten Militärschlafjahres ab. Nach Ablauf der Ersatzreservepflicht treten die Ersatzreservisten, welche geübt haben, zur Landwehr zweiten Aufgebots, die übrigen Ersatzreservisten zum Landsturm ersten Aufgebots über. Die Versetzung in die Landwehr zweiten Aufgebots beziehungsweise die Entlassung zum Landsturm ersten Aufgebots erfolgt im Frieden bei den nächsten, nach Ablauf der Ersatzreservepflicht folgenden Frühjahrskontrollen. — Mannschaften, welche durch eigenes Verschulden verpflichtet der Ersatzreserve überwiesen werden, treten stets in die jüngste Jahresklasse ein. In diesem Fal, sowie in denjenigen Fällen, in welchen eine Zurückversetzung in jüngere Jahresklassen wegen Kontrollentziehung stattfindet, erfolgt die Übereitung zur Landwehr zweiten Aufgebots beziehungsweise zum Landsturm ersten Aufgebots erst zu demselben Zeitpunkt wie die der betreffenden Jahresklasse.

§ 16. Die für die Mannschaften der Reserve und Landwehr wegen Zurückstellung hinter die lezte Jahresklasse der Reserve beziehungsweise Landwehr getroffenen Bestimmungen finden auf die Ersatzreservisten entsprechende Anwendung. Die Zahl der auf Grund häuslicher und gewerblicher Verhältnisse hinter die letzte Jahresklasse Zurückgestellten darf in keinem Aushebungsbereich fünf Prozent der vorhandenen Ersatzreservisten überschreiten.

§ 17. Für die Dauer einer Mobilisierung sowie während der Zeit einer Einberufung zum Dienst findet ein Übertritt der Ersatzreservisten zur Landwehr zweiten Aufgebots beziehungsweise zum Landsturm ersten Aufgebots nicht statt.

§ 18. Die im Falle der Mobilisierung oder Mobilisierung von Ersatztruppenteilen zum Dienst einberufenen Ersatzreservisten sind bei der Mobilisierung beziehungsweise bei Auflösung der Ersatztruppenteile zu entlassen. Sind sie nicht militärisch ausgebildet, so treten sie, sofern sie das erstaatreservistische Alter noch nicht überwunden haben, wieder in die Ersatzreserve zurück. Gelangen dieselben als militärisch ausgebildet zur Entlassung, so treten sie, sofern sie sich im reservistischen Alter befinden, zur Reserve, sofern sie dem landwehrpflichtigen Alter angehören, zur Landwehr über. Die Dauer der ihnen hierauf obliegenden Reservebeziehungsweise Landwehrpflicht ist so zu berechnen, als wenn sie am

1. Oktober ihres ersten Militärschlafjahres zur Einstellung zum aktiven Dienst gelangt wären.

§ 19. 1) Die bisherige Eintheilung in Ersatzreserve erster und zweiter Klasse wird aufgehoben. Sämtliche bisher der zweiten Klasse zu überweisenenden Mannschaften sind fortan dem ersten Aufgebot des Landsturms zuzustellen.

2) Diejenigen Mannschaften, welche der gegenwärtig bestehenden ersten Klasse der Ersatzreserve angehören, werden vom Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes ab Angehörige der Ersatzreserve, diejenigen Mannschaften, welche der gegenwärtig bestehenden zweiten Klasse der Ersatzreserve angehören, von dem gleichen Zeitpunkte ab Angehörige des Landsturms ersten Aufgebots.

3) Diejenigen Mannschaften der gegenwärtig bestehenden ersten Klasse der Ersatzreserve, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht ausbildungspflichtig sind, bleiben während ihrer weiteren Zugehörigkeit zur Ersatzreserve von Übungen befreit; ihre Überweisung zum Landsturm ersten Aufgebots erfolgt zu denselben Zeitpunkten, zu welchen nach den bisher maßgebenden Bestimmungen ihre Überweisung zur zweiten Klasse der Ersatzreserve erfolgt sein würde. (Schluss folgt.)

Teleg ramme.

Vom Kronprinzen.

(Telegramm unseres Special-Berichterstatters.)
San Remo, 15. Febr., 10 Uhr 15 Min. Heute Nacht war der Schlaf in Folge von Kopfschmerzen unterbrochen, die von Neuralgie hervorruhen sollen.

(Aus Wolffs telegraphischem Bureau.)

San Remo, 16. Febr., Abends 11 Uhr. Der Kronprinz ist überaus wohl, er genoss feste Speisen mit Appetit. Kein Fieber oder andere ungünstige Erkrankungen.

San Remo, 15. Februar, Vormittags 10 Uhr. Der Kronprinz hatte keine gute Nacht, er klagt über Kopfschmerz; im Übrigen ist der Zustand jedoch befriedigend. Mackenzie bleibt heute noch hier.

Berlin, 15. Febr. Das „Armeé-Verordnungsschreiben“ veröffentlicht die vorläufigen Ausführungs- und militärischen Ergänzungsbestimmungen zu dem publicierten Gesetz über die Änderungen der Wehrpflicht. Danach sind verabschiedete, aber zum Eintritt in die Landwehr zweiten Aufgebots verpflichtete und in Folge dessen wieder angestellte Offiziere in die Ranglisten aufzunehmen. Offiziere der Landwehr zweiten Aufgebots sind als Mitglieder des Offiziercorps ihres Landwehrbataillonsbezirkes dem Ehrengericht unterstellt. Offiziere der bisherigen Landwehr bleiben Angehörige des ersten Aufgebots. Mannschaften der Ersatzreserve gehören dem Beurlaubtenstande an. Die bisherige Eintheilung in Landwehrregimenter und Bataillone wird, die Garde ausgenommen, in Zukunft wegfallen. An deren Stelle treten die den Infanteriebrigaden direct unterstellten Landwehrbataillonsbezirke. Alle bei der Mobilisierung aus einem Landwehrbataillonsbezirk hervorgehenden Infanterieformationen tragen statt der bisherigen Regimentsnummer die Nummer ihrer Infanteriebrigade. Beigegeben ist ein vollständiges Tableau der neuen Landwehrbezirkseintheilung, welches auch das Württembergische und die beiden bayerischen Armeecorps mit umfasst.

Stuttgart, 15. Februar. Über das Befinden des Königs wird folgendes Bulletin ausgegeben: Am Montag trat eine leichte Steigerung des Fiebers ein, am Dienstag war der hohe Patient unruhig in Folge von Hustenanfällen. Die Mattigkeit des Königs ist anhaltend, ebenso die Appetitlosigkeit.

Rom, 15. Februar. Die „Gazette uffiziale“ veröffentlicht das Gesetz, betreffend der Neorganisierung des Ministeriums. In parlamentarischen Kreisen wurde versichert, daß sämtliche Minister, ausgenommen den Unterrichtsminister, auf ihrem Posten bleiben.

London, 15. Febr. Das Hofsjournal meldet: Die Königin erhalten fortgesetzte die günstigsten Berichte über den Kronprinzen.

Hamburg, 14. Febr. Der Postdampfer „Ascania“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft ist, von Hamburg kommend, am 12. c. in St. Thomas eingetroffen.

Wasserstands-Telegramme.

Breslau, 14. Febr., 12 Uhr Mitt. O.-P. — m, U.-P. — 0,30 m.
— 15. Febr., 12 Uhr Mitt. O.-P. — m, U.-P. — 0,29 m.

Handels-Zeitung.

• Türkische Tabakregie-Gesellschaft. Nach einer der „Erk. Z.“ aus Kairo zugehenden Meldung ist dort am 30. v. M. die formelle Zustimmung der Türkischen Regie-Gesellschaft zu dem Abkommen über die Verzollung des türkischen Tabaks in Egypten angelangt, daher, wie wir schon mitgetheilt, der Einfuhrzoll bereits am 1. Februar in Kraft trat.

• Von der Direction der Karl-Ludwigsbahn erhält die „V. Z.“ folgende Information: Die Bilanzpublication erfolgt am 24. März, die Generalversammlung wird zum 25. Mai berufen. Die Mehreinnahme per 1887 beträgt 600000 G., so dass die Bahn in der Lage wäre, eine Nachzahlung von 2½% Pct. zu leisten. Jedoch hängt die Completirung der Zinsencoupons von der Besserung der politischen Situation ab. Sollte die gegenwärtige politische Ungewissheit bis Mai andauern, dann wird der Verwaltungsrath proponieren, den Gewinnsaldo dem Reservefonds zuzuführen.

Letzte Course.

Berlin, 15. Februar, 3 Uhr 10 Min. (Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.) Schwach.

Cours vom	14.	15.	Cours vom	14.	15.
Oesterr. Credit. ult.	139	139	Mainz-Ludwigsh. ult.	103	25
Disc.-Command. ult.	192	—	Drtm. Union St. Pr. ult.	68	37
Berl. Handelsges. ult.	153	25	Laurahütte	90	62
Franzosen	—	ult.	Egypter	75	12
Lombarden	—	ult.	Italiener	93	50
Großbritannien	—	ult.	Ungar. Goldrente	77	62
Spanien	—	ult.	Russ. 1880er Anl. ult.	77	12
Portugal	—	ult.	Russ. 1884er Anl. ult.	91	—
Marienb.-Mlawkanal	49	37	Russ. 1884er Anl. ult.	91	—
Ostpr.-Südb.-Act. ult.	75	25	Russ. II. Orient-A. ult.	52	—
Meklenburger	—	ult.	Russ. Banknoten ult.	173	—
				172	75

Producten-Börse.

Berlin, 15. Februar, 12 Uhr 30 Minuten. [Anfangs-Course.] Weizen (gelber) April-Mai 161, 75, Juni-Juli 166, 75. Roggen April-Mai 119, 50, Juni-Juli 123, 75. Rüböl April-Mai 44, 40, Septbr.-Oct. 45, 50. Spiritus verst. April-Mai 99, —, Mai-Juni 99, 60. Petroleum Februar-März 25, —. Hafer April-Mai 113, 75.

Berlin, 15. Februar. Schlussbericht. Cours vom 14. 15.

Weizen	Höher.	Rüböl	Matt.
April-Mai	163	75	163
Juni-Juli	166	75	167

Roggan. Fest. Cours vom 14. 15.

April-Mai	119	75	120	25	
Mai-Juni	122	—	122	50	
Juni-Juli	124	—	124	50	
Hafer	—	—	do. 50er	49	60
April-Mai	113	50	114	50	
Juni-Juli	118	25	118	75	
Mai-Juni	—	—	99	50	

Stettin, 15. Februar. — Uhr — Min. Cours vom 14. 15.

Weizen	Still.	Cours vom	14.	15.
April-Mai	161	50	164	50
Juni-Juli	168	—	168	50

Roggan. Behauptet. Spiritus. Ermattend.

April-Mai	114	50	115	50
Juni-Juli	119	—	119	50

Spiritus. loco ohne Fass... 96 90 97 50

loci mit 50 Mark. Consumerstuerbelast. 48 30 48 50

Petroleum. loco mit 70 Mark. 30 30 30 50

loci (verzollt)... 12 70 12 50 April-Mai 99 — 99 10

Gross-Glogau, 14. Februar. [Marktbericht von Wilhelm Eckendorff.] Die Stimmung am Landmarkt blieb matt, Preise unverändert. Es wurden bezahlt für: Weissweizen 16,40 M., Gelbweizen 15,00—16,00 M., Roggen 9,60—10,40 M., Gerste 9,50—11,00 Mark, Hafer 10—10,60 M. Alles pro 100 Kilogr. — Das Geschäft an der heutigen Getreidebörse war sehr still. Schr. geringe Umsätze in Weizen und Roggen fanden bei durchaus matter Stimmung und etwas nachgebenden Preisen statt. Es fehlt zu grösseren Ankäufen jedes Interesse, da der Absatz stockend bleibt. Gerste und Hafer matter. Futterartikel unverändert. Es ist zu notiren für: Weissweizen 15,50—16,60 Mark, Gelbweizen 15,60—16,30 Mark, Roggen 10,00—10,80 Mark, Gerste 9—12,40 M., hochfeine darüber, Hafer 10,00—10,60 M., Rapskuchen 11,80—12,40 M., Leinkuchen 13,60—14,60 M., Futtermehl 7—7,80 M., Weizenkleie 7,00 bis 7,30 M. (Detailpreise bis 1 M. höher.) Alles pro 100 Kilogr.

Cours- Blatt.

Breslau, 15. Februar 1888.

Berl. 15. Febr. [Amtliche Schluss-Course.] Abgeschwäch.

Eisenhahn-Stamm-Aktionen. Cours vom 14. 15.

